

.....

Dr. Bernhard Rohleder

Hauptgeschäftsführer des BITKOM e.V.

—

Vierter Politischer Abend des BITKOM

„Wirtschaft und öffentliche Hand – Droht eine neue digitale Spaltung?“

Eröffnung und Einführung

Berlin, 14. Dezember 2006

Sehr geehrte Herren Staatssekretäre,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,  
ich begrüße Sie sehr herzlich zum Politischen Abend des BITKOM.

## **1 Einleitung**

---

Zum vierten Mal hat der BITKOM zum Politischen Abend eingeladen – seit seiner Premiere im Februar dieses Jahres hat er sich zu einem festen Termin im politischen Kalendarium in Berlin entwickelt. Ich darf Ihnen im Namen des BITKOM ganz herzlich für Ihre Teilnahme und Ihre Beiträge zum Politischen Abend danken.

Dass sich die Politischen Abende des BITKOM so schnell etabliert haben, sagt etwas aus über die gesellschaftliche Relevanz der ITK-Themen. ITK-Anwendungen prägen unsere Gesellschaft in all ihren Bereichen und in zunehmendem Maße. ITK-Technologien verändern unsere Gesellschaft grundlegend. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Und das, meine Damen und Herren, gilt nicht nur für den einzelnen Verbraucher oder die Wirtschaft, sondern auch für die öffentliche Hand – womit wir beim Thema des heutigen Abends wären.

## **2 Hauptteil**

---

Meine Damen und Herren, der Titel des heutigen Politischen Abends weist hier schon auf die Grundproblematik hin. Aus Sicht des BITKOM zeichnet sich in Deutschland eine digitale Spaltung zwischen öffentlichem Sektor und der Privatwirtschaft ab.

### **2.1 Bestandsaufnahme**

Im privatwirtschaftlichen Sektor beobachten wir seit nunmehr zwei Dekaden eine Revolution der Geschäftsabläufe, die eigentlich nur mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert zu vergleichen ist. Jeder einzelne Aspekt der Wertschöpfungskette hat sich aufgrund der Einführung von ITK-Technologien grundlegend verändert – ein Prozess, der unglaublich weit reichende Folgen nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Volkswirtschaften hat.

Auf der anderen Seite sehen wir eine deutlich langsamere Adaption von ITK-Technologien im öffentlichen Sektor. Das gilt im internationalen Vergleich in besonderem Maße für Deutschland. Trotz der großen Fortschritte, die bei der Entwicklung von digitalen Verwaltungs- und Bürgerdiensten in den letzten Jahren erreicht wurden, hinkt Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin hinterher. Die meisten internationale Vergleichsstudien bestätigen, dass Deutschland bislang allenfalls einen Platz im Mittelfeld einnimmt. Für Deutschland als weltweit drittgrößte Wirtschaftsmacht und als Exportweltmeister kann dieses Ergebnis aber ganz und gar nicht überzeugen.

### **2.2 Ursachen**

Die Ursachen für dieses schlechte Abschneiden sind offene Geheimnisse.

- Dazu gehört aus unserer Sicht an allererster Stelle das Föderalismus-Problem. Offensichtlich ist das deutsche politische System nicht in der Lage, einen Konsens über technische Lösungen für Verwaltungsprobleme auf den drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen herbeizuführen. Schauen wir uns die bislang implementierten E-Government-Maßnahmen an, so sehen wir einen Flickenteppich von Insellösungen. Auch im Jahr 2006 standardisieren Länder und Bund jeder für sich. Wenn die Bundesländer so genannte E-Government-Masterpläne auflegen, wird allenfalls im Glossar die Standardisierung auf der Bundesebene erwähnt, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Bundesstandards fehlt.
- Ein weiteres Problem ist aus unserer Sicht die in der Bevölkerung weit verbreitete Technikfeindlichkeit und übertriebener Datenschutz. Das Verhalten vieler Teile der Bevölkerung im Bereich des Datenschutzes ist hochgradig irrational, meine Damen und Herren. Interessengruppen, die aus Eigeninteresse gegen die Gesundheitskarte sind – erhöhte Transparenz ist nicht in jedermanns Interesse konnten deswegen in der Öffentlichkeit mit fadenscheinigen Argumenten bestehen, weil sie eine diffuse Angst der Bevölkerung vor staatlich verordneter Datensammlung nutzen konnten. Dass Millionen Deutsche gleichzeitig bereitwillig ihre Einkaufsgewohnheiten dem Einzelhandel mit Hilfe so genannter Payback-Karten preisgeben, zeigt die Irrationalität dieses Verhaltens.
- Zuguterletzt sollte auch nicht unerwähnt bleiben dass einige der bisher realisierten Public Private Partnerships in der Öffentlichkeit nicht gerade als Erfolge wahrgenommen wurden. Wir müssen im Nachhinein feststellen, dass das Management von Großprojekten sowohl von staatlicher als auch von privatwirtschaftlicher Seite zum Teil unterschätzt wurde. Hier können wir auf beiden Seiten noch dazulernen. Das gilt auch für die Vermittlung in der Öffentlichkeit. Ich denke, dass den meisten der Anwesenden bekannt ist, dass Toll Collect mittlerweile ein großer Erfolg ist. In der Öffentlichkeit steht Toll Collect aber immer noch für einen – sagen wir mal – „komplexen“ Abstimmungs- und Implementierungsprozess.

### 2.3 Folgen

- Erstens erleidet die Wirtschaft durch die digitale Spaltung massive **Kostennachteile**. E-Government-Lösungen haben das Potenzial zu gigantischen Einsparungen im öffentlichen Haushalt. Die Europäische Kommission hat errechnet, dass jeder Euro, der in IT der öffentlichen Verwaltung investiert wird, 1,70 Euro einsparen kann. E-Government-Lösungen können übrigens auch eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Missbrauch staatlicher Leistungen sein. Eine erhöhte Transparenz durch vernetzte Datenströme ist der natürliche Feind von Betrug.
- Ein zweiter wichtiger Nachteil, meine Damen und Herren, ist der **Standortnachteil**. Tom Friedman hat es sehr anschaulich beschrieben: Internationale Investoren sind wie eine scheue Viehherde. Diese Viehherde hat in einer globalisierten Welt die freie Auswahl auf welcher Weide sie grasst. Ein schlanker, effizienter Staat gehört zu den Vorzügen, die die Viehherde besonders schätzt. Wenn wir also internationale Investoren verstärkt nach Deutschland locken wollen, müssen wir uns daran gewöhnen, auch die staatlichen Leistungen unter dem Gesichtspunkt der „performance“ zu beurteilen. Bürokratieabbau durch ITK-Lösungen ist hier ein ganz zentraler Bestandteil.
- Ein dritter Faktor ist der **Innovationsnachteil**. In modernen Volkswirtschaften ist der öffentliche Haushalt ein bedeutender Teil des Investitionskreislaufs. Die Konsumausgaben des Staates lagen 2005 bei rund 420 Mrd. EUR, das sind etwa 20% des BIP. Dieses Finanzvolumen sollte unserer Meinung nach als innovationspolitisches Instrument begriffen werden. Wir begrüßen deswegen die Ankündigung der Bundesregierung in der Hightech-

Strategie, die öffentliche Beschaffung nicht ausschließlich nach dem Kostenkriterium, sondern auch nach dem Innovationsgehalt auszurichten.

## 2.4 Lösungen

Meine Damen und Herren, angesichts der Verquickung der Probleme mit so schwierig zu lösenden Ursachen wie der Föderalismus-Blockade und technikfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung ist es klar, dass die Lösungen nicht einfach sein können. Aus unserer Sicht sind folgende Punkte zentral:

- Zunächst müssen wir eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft finden. Wir sehen hier seit Jahren die Fehlentwicklung steigender Eigenrealisierungen durch öffentliche Körperschaften, die ineffiziente Lösungen schaffen. Besonders fatal ist das Engagement von öffentlichen Körperschaften in so genannten Drittgeschäften. Das heisst: Die Institution geht über den Rechtskreis des jeweiligen Dienstherren hinaus und nimmt an Ausschreibungen anderer öffentlicher Auftraggeber teil. Meine Damen und Herren, das klingt unheimlich dynamisch, ist aber eine fatale Entwicklung. Wir meinen, dass durch eine Klarstellungen in den Gemeindeordnungen und Organisationsregeln von Behörden sichergestellt werden muss, dass staatliches Handeln auf hoheitliche Bereiche beschränkt bleibt. E-Government war nicht gedacht als trojanisches Pferd zur Ausweitung der Staatsquote, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft bietet hier effizientere Lösungen an.
- Ebenso wichtig ist aus unserer Sicht eine effiziente Koordinierung von E-Government-Projekten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der BITKOM hat sich in der Vergangenheit wiederholt dafür eingesetzt, einen „CIO“ der Bundesregierung einzurichten. Wir haben diese Forderung in der Vorbereitung des IT-Gipfels wiederholt. Aus unserer Sicht ist die Koordinierung zwischen einzelnen Bundesressorts gar nicht mal das Hauptproblem. Es geht vielmehr um die Vorgabe verbindlicher Standards im Hinblick auf die Kommunen und Länder. Wir schlagen die Benennung eines CIO auf Staatssekretärssebene vor, der neben einem Staatssekretärsausschuss auf Bundesebene auch ein Koordinierungsgremium zwischen Bund, Ländern und Kommunen leitet.
- Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die am 14.11.2006 vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde, wird wichtige Impulse für die Verwaltung bringen. Künftig kann ein dänisches Unternehmen, das sich in Deutschland niederlassen will, verlangen, dass alle Behördenkontakte über einen einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt werden. Zugleich sieht die Richtlinie vor, dass die Verwaltungsdienstleistungen weitgehend elektronisch angeboten werden müssen. Somit werden sich die Verwaltungspartner bei Bund, Ländern und Kommunen Gedanken machen müssen, wie ein einheitliches Front End für Verwaltungsdienstleistungen realisiert werden kann. Im Zuge einer weiteren Föderalismusreform muss hier eine engere Verzahnung der Ebenen erreicht werden.
- Zum zweiten sehen wir Public Private Partnerships nach wie vor als wichtiges Instrument an. Hier müssen wir jetzt vor allem im Bereich des Managements besser werden. Eine wichtige Frage ist hier, wie die Risiken von PPPs sinnvollerweise verteilt werden. Der BITKOM setzt sich hier für die Übernahme des aus den USA bekannten „Share In Savings“ ein. Dieses Modell wurde sogar gesetzlich im sog. E-Government Act im Jahr 2002 eingeführt. Bei Share in Savings geht es darum, dass sich die Bezahlung der Unternehmen an den Einsparungen, die durch die e-Government-Lösungen entstehen, orientiert. Wir halten dieses Schema für einen guten Ansatz zur Konstruktion von PPPs.

### 3 Schluss

---

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hören, Gesprächsstoff gibt es reichlich. Ich freue mich besonders, dass wir mit Herrn Hahlen den für das Thema e-Government zuständigen Staatssekretär Hahlen begrüßen können. Herr Hahlen war vor seiner Tätigkeit als Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Präsident des Statistischen Bundesamtes. Damit war er in einem Bereich tätig, in dem IT-Lösungen eine essentielle Rolle spielen. Sehr geehrter Herr Staatssekretär, vielen Dank für Ihr Kommen!

Als weiteren Gast auf dem Podium begrüße ich Herrn Staatssekretär Harald Lemke ganz herzlich. Herr Lemke ist seit Jahren eine treibende Kraft im Bereich des E-Government und kennt als CIO der Landesregierung Hessen das Thema aus nächster Anschauung. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Last but not least begrüße ich den Moderator des heutigen Abends, Herrn Jürgen Zurheide. Herr Zurheide arbeitet als politischer Korrespondent unter anderem für den WDR und das DeutschlandRadio.

Ich wünsche uns eine lebhafte Diskussion und Antworten auf die Frage, wie die Zukunft von e-Government in Deutschland gestaltet werden kann.